

# Die Reichsversicherungsordnung.

Die Reichsversicherungsordnung ist jetzt, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, dabei, die letzten großen Steine des Antikes zu entfernen. Die Anstellung der Beamten der Krankenkassen führte zu lebhaften Auseinandersetzungen, da die Reichsversicherungsordnung die bisherige Vorherrschaft der Sozialdemokratie in den Vorständen dieser Kassen zu beseitigen. Dies hatte die Regierungsvorlage zu erreichen gesucht durch die Hinführung der Beiträge und die Befugung der Vorstände je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Nachdem es hinsichtlich der Beiträge und der

## Zusammensetzung der Krankenkassen-Vorstände

Bei dem bisherigen Rechtszustand geblieben ist, kann jenes Ziel natürlich nur durch Bestimmungen erreicht werden, die etwas Gewöhnliches an sich tragen und daher in der Kommission mancherlei erheblichen Bedenken begegnen. Allein die Hinführung in den Kreisen der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft verlangt, daß das Übergewicht der sozialdemokratischen Beamten in den Krankenkassen unmöglich gemacht wird. Es kann immer wieder nur betont werden, daß politische Motive aus der Zeitung sozialistischer Einrichtungen ferngehalten werden müssen, einzelner, um welche Parteien es sich handelt. Sozialpolitik hat mit Parteipolitik nichts zu tun oder sollte wenigstens nichts damit zu tun haben. Einflüsse der materiellen

## Bestimmungen der Arbeiterversicherung

waren bekanntlich zum Teil weitgehende Wünsche laut geworden und hatten dieselben in der Kommission Zustimmung gefunden. Jetzt sind sie mit einer einzigen Ausnahme mit Rücksicht auf den energischen Widerstand der Regierung wieder beseitigt worden. Nur die Zulagen für an Invaliden, wenn Kinder vorhanden sind, wurden aufrechterhalten in der Hoffnung, daß die Regierungen in diesem Punkte entgegenkommen würden. Was das Zustandekommen der Reichsversicherungsordnung im Reichstag anbelangt, so ist man sich in parlamentarischen Kreisen darüber klar, daß es in der zu erwartenden Herbst-Session nur dann möglich sein wird, das umfangreiche Werk — es enthält bekanntlich 1700 Paragraphen — unter Dach und Fach zu bringen, wenn eine Verständigung aller Parteien über die geschichtliche Behandlung des Gesetzes vorhergegangen ist, die dann nachher auch streng innegehalten werden müßte. Ohne eine solche Selbstbeschränkung der Parteien würde es so unmittelbar vor den Wahlen nicht denkbar sein, die Vorlage zu erledigen, bei der an sich jeder einzelne Paragraph zur Debatte gestellt werden muß. Es bleibt abzuwarten, ob nach dem Abschluß der Kommissions-Verhandlungen eine solche Verständigung erfolgen kann oder nicht.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

\* Kaiser Wilhelm wird Ende April den Höfen in München, Stuttgart und Dresden einen Besuch abtun.

\* Der Bundesrat hat dem Antrage Bayerns betr. die Fügung von weiteren Denkmälern aus Anlaß der Feier des 90. Geburtsfestes des Prinzen Ludwig, des Kronprinzen Bayerns, sowie dem Antrage Württembergs betr. die Fügung von Denkmälern aus Anlaß der Feier der Silberhochzeit des Königs und der Königin von Württemberg zugestimmt.

\* Ein Niederlassungs-Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz und ein Vertrag beider Staaten betr. Regelung von Rechtsverhältnissen der belgischen Staatsangehörigen ist dem Reichstage zugegangen. Der geltende Niederlassungsvertrag hat sich in mehrfacher Hinsicht als revisionsbedürftig erwiesen. Insbesondere die Bestimmung, daß der Aufenthalt von der Beibringung eines Vermögenszeugnisses abhängig gemacht wird, entspricht nicht mehr den modernen Verkehrsverhältnissen. Der neue Niederlassungs-

vertrag regelt die Bedingungen für die Niederlassung der Angehörigen der beiden Staaten in Deutschland und der Schweiz sowie ihre Behandlung in Ansehung der Militärpflicht und der Armenfürsorge. Die Beibringung eines Vermögenszeugnisses als Voraussetzung für das vertragmäßige Recht auf Niederlassung oder Aufenthalt fällt fort, es genügt in Zukunft der Besitz eines gültigen Heimatscheines.

\* Bei der Erziehung zum preuß. Landtag in Bielefeld-Halle-Herford wurde der Malermeister Siene weg (konf.) mit 484 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat, der Reichstaatsabgeordnete Gunge (nat.-lib.) erhielt 202 Stimmen. 372 Wahlmänner fehlten, darunter die Sozialdemokraten und Christlich-sozialen.

## England.

\* Nach einer äußerst hitzigen Debatte hat das Unterhaus mit großer Mehrheit den Gesetzesentwurf betr. die Beschränkung der Rechte des Oberhauses in zweiter Lesung angenommen.

## Wien.

\* Nach Petersburger Blättern hat sich in ihrer Antwort auf die letzte Note Chinas die russische Regierung mit den hauptsächlichsten Punkten einverstanden erklärt, zugleich aber der Forderung Ausdruck gegeben, daß die guten Absichten der chinesischen Regierung unmittelbar in der Praxis umgesetzt werden mögen. Weiterhin verlangt Rußland eine besondere Formulierung der ihm in der Mongolei zukünftigen Handelsfreiheiten und fragt an, ob China bereit sei, ihm eine schriftliche Bestätigung der in der Note auf guten Glauben gemachten Versicherungen zu geben. Mit anderen Worten, das Jarenreich verlangt von China die schriftliche Zusicherung, daß es in der Mongolei besondere Vorrechte genießt. Da China augenblicklich militärisch vollständig lahmgelegt ist, wird es wohl oder übel diese Zusicherung geben müssen.

## Ägypten.

\* Der Rhebibe von Ägypten wird den deutschen Kronprinzen, der am 6. d. Mts. in Kairo eintrifft, am Bahnhof persönlich empfangen. Die Dauer des Aufenthalts des Kronprinzen in Ägypten ist noch nicht bestimmt.

## Amerika.

\* Der Finanzaußenminister des Senats der Ver. Staaten hat die Annahme eines Antrages zum Rahmensmittelforschungs-gesetz empfohlen, das darauf hinauszielt, dem Präsidenten die Vollmacht zur Einführung von Vergeltungszöllen gegen Länder zu erteilen, die gegen Amerikaner Ausnahmestimmungen erlassen.

## Äfrika.

\* Ein Aufstand gegen den Sultan Ruler Hasid II nach einer Meldung aus Fez unter den Sheradokämmern in der Nähe der marokkanischen Hauptstadt ausgebrochen. Der Sultan hat schließlich die Rädelsführer verurteilt, sie dem Tode mit ihren Truppen gegen die Aufständischen zu verschicken, und die französische Militärmission ersucht, die Heeresmacht zu begleiten. In ganz Marokko herrscht große Aufregung. Man vermutet, daß die europäischen Konsule im Hinblick auf die möglichen ernstlichen Folgen des Aufstandes ihre Staatsangehörigen aufsuchen werden, sich zur Abreise aus Fez bereit zu halten.

## Japan.

\* Der Mikado hat dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach in Japan die Pressezensur aufgehoben wird. Zu gleicher Zeit wurde ein Gesetzentwurf angebracht, der volle Verleumdungsfreiheit gewährt. Beide Gesetzentwürfe kommen um so überraschender, als erst vor kurzem eine Anzahl von Personen hingerichtet wurde, die in ein Komplott gegen das Leben des Kaisers verwickelt waren.

\* Die Japaner haben eine weitervermeigte Verschuldung in Korea entdeckt, die die Fortführung der Soei-Japan-Eisenbahn begünstigt; 50 000 revolutionäre Jellen für diesen Plan

gewonnen worden sein. Es wurden über dreihundert Personen verhaftet.

\* An der russisch-chinesischen Grenze im Amurgebiet herrscht eine äußerst ruhige, feindliche Stimmung wegen der unglücklichen Anläufe der westhängehenden Grenzposten. Die Chinesen, deren Handel mit den Russen unterbrochen ist, verbreiten Gerüchte über einen bevorstehenden Krieg. Wenn dieses Gerücht natürlich auch keinen Glauben verdient, so zeigt es doch, daß die Lage im fernem Osten nach wie vor ziemlich ernst ist.

\* In Persien, wo nach wie vor eine allgemeine Verwirrung in der Verwaltung herrscht, ist jetzt das Unglaubliche zur Tatsache geworden. In der Hauptstadt Teheran ist die Polizei in den Aufstand getreten, weil sie seit länger als drei Monaten keinen Sold empfangen hat. Natürlich haben die unruhigen Elemente darin eine Ermunterung und es sind Unruhen ausgebrochen, denen die Regierung hilflos gegenübersteht. Es fragt sich, ob das Land überhaupt noch fähig ist, sich aus eigener Kraft in ein normales Leben zu versetzen. Wenn nicht alles trägt, geht es mit Riesenschritten seiner völligen Auflösung entgegen.

# Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hielt am Donnerstag die Einzelberatung des Militär-Etats beim Kapitel „Ankauf der Munition“ fort. Als K. K. (konf.) wandte sich gegen die höhere Preise für Munition. Als v. Biederstein (konf.) führte aus, daß gerade der kleine Vorrat der größeren Sorten der hohen Preise habe. Reichsminister v. Bismarck erklärte, daß beim Ankauf der Munition die Reichsregierung sorgfältig geachtet werde. Die Kosten seien sehr gering. Zum Kapitel „Militär-Erziehungs- und Bildungswesen“ lag eine fortschrittliche Resolution vor, die für diejenige Ausbildung besage, eine Fortbildung der Dienstzeit fordere. Kriegsminister v. Herrmann hat, sie abgelehnt. In eine Fortbildung der Dienstzeit könne auf keinen Fall eingewilligt werden. Die Heeresverwaltung habe der Zukunft aber die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Resolution wurde abgelehnt. Beim Kapitel „Artillerie- und Waffengewesen“ empfand sich eine längere Debatte über die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Am 3. d. Mts. wird die Beratung des Militär-Etats beim Kapitel „Artillerie- und Waffengewesen“ fortgesetzt. Als v. Biederstein (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Als v. Biederstein (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Als v. Biederstein (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Als v. Biederstein (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Tendenzen aufkommen. Wir nehmen die Haltung der Reichsregierung durch die Arbeiterverhältnisse an und legen ihrer Tätigkeit kein Hindernis in den Weg.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. v. Bismarck (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Die Zentrumsvorlesungen werden angenommen die sozialdemokratische wird abgelehnt. Weiter wird dann noch eine Resolution des Zentrums, die einen Ausbau der Pensionen und Witwen- und Waisenrenten fordert, angenommen, ebenso eine Resolution der Budgetkommission, wonach bei Waisen- und Pensionenleistungen die billiger lebende Preisindustrie mehr herangezogen werden soll.

Bei der Fortsetzung eines Truppenübungsplanes für das 14. baltische Armee-Korps (konf. Abg. v. Bismarck) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Abg. v. Bismarck (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Generalmajor v. Bismarck: Der gewählte Titel ist durchaus günstig. Er trägt allen Interessen Rechnung. Die Truppen können dort mehr geliebt werden als anderswo. Die Wünsche der Gemeinden bezüglich der Rekrutierungsgelder und der Pachtbedingungen sollen berücksichtigt werden.

Abg. v. Bismarck (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Generalmajor v. Bismarck: Der gewählte Titel ist durchaus günstig. Er trägt allen Interessen Rechnung. Die Truppen können dort mehr geliebt werden als anderswo. Die Wünsche der Gemeinden bezüglich der Rekrutierungsgelder und der Pachtbedingungen sollen berücksichtigt werden.

Abg. v. Bismarck (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Generalmajor v. Bismarck: Der gewählte Titel ist durchaus günstig. Er trägt allen Interessen Rechnung. Die Truppen können dort mehr geliebt werden als anderswo. Die Wünsche der Gemeinden bezüglich der Rekrutierungsgelder und der Pachtbedingungen sollen berücksichtigt werden.

Abg. v. Bismarck (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Generalmajor v. Bismarck: Der gewählte Titel ist durchaus günstig. Er trägt allen Interessen Rechnung. Die Truppen können dort mehr geliebt werden als anderswo. Die Wünsche der Gemeinden bezüglich der Rekrutierungsgelder und der Pachtbedingungen sollen berücksichtigt werden.

Abg. v. Bismarck (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Generalmajor v. Bismarck: Der gewählte Titel ist durchaus günstig. Er trägt allen Interessen Rechnung. Die Truppen können dort mehr geliebt werden als anderswo. Die Wünsche der Gemeinden bezüglich der Rekrutierungsgelder und der Pachtbedingungen sollen berücksichtigt werden.

Abg. v. Bismarck (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Generalmajor v. Bismarck: Der gewählte Titel ist durchaus günstig. Er trägt allen Interessen Rechnung. Die Truppen können dort mehr geliebt werden als anderswo. Die Wünsche der Gemeinden bezüglich der Rekrutierungsgelder und der Pachtbedingungen sollen berücksichtigt werden.

Abg. v. Bismarck (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Generalmajor v. Bismarck: Der gewählte Titel ist durchaus günstig. Er trägt allen Interessen Rechnung. Die Truppen können dort mehr geliebt werden als anderswo. Die Wünsche der Gemeinden bezüglich der Rekrutierungsgelder und der Pachtbedingungen sollen berücksichtigt werden.

Abg. v. Bismarck (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Generalmajor v. Bismarck: Der gewählte Titel ist durchaus günstig. Er trägt allen Interessen Rechnung. Die Truppen können dort mehr geliebt werden als anderswo. Die Wünsche der Gemeinden bezüglich der Rekrutierungsgelder und der Pachtbedingungen sollen berücksichtigt werden.

Abg. v. Bismarck (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Generalmajor v. Bismarck: Der gewählte Titel ist durchaus günstig. Er trägt allen Interessen Rechnung. Die Truppen können dort mehr geliebt werden als anderswo. Die Wünsche der Gemeinden bezüglich der Rekrutierungsgelder und der Pachtbedingungen sollen berücksichtigt werden.

Abg. v. Bismarck (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Generalmajor v. Bismarck: Der gewählte Titel ist durchaus günstig. Er trägt allen Interessen Rechnung. Die Truppen können dort mehr geliebt werden als anderswo. Die Wünsche der Gemeinden bezüglich der Rekrutierungsgelder und der Pachtbedingungen sollen berücksichtigt werden.

Abg. v. Bismarck (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Generalmajor v. Bismarck: Der gewählte Titel ist durchaus günstig. Er trägt allen Interessen Rechnung. Die Truppen können dort mehr geliebt werden als anderswo. Die Wünsche der Gemeinden bezüglich der Rekrutierungsgelder und der Pachtbedingungen sollen berücksichtigt werden.

Abg. v. Bismarck (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.

Generalmajor v. Bismarck: Der gewählte Titel ist durchaus günstig. Er trägt allen Interessen Rechnung. Die Truppen können dort mehr geliebt werden als anderswo. Die Wünsche der Gemeinden bezüglich der Rekrutierungsgelder und der Pachtbedingungen sollen berücksichtigt werden.

Abg. v. Bismarck (konf.) wandte sich gegen die Arbeiterverhältnisse in den militärischen Verwaltungen. Von verschiedenen Rednern wurden lokale Forderungen erhoben und mannigfache Wünsche zugunsten der Arbeiter geäußert. Generalmajor Wandel legte dar, daß die Heeresverwaltung um Wohle der Arbeiter tue, was in ihren Kräften liegt.